

# Nepals Weg zur Demokratie

**10.12.1989**

Bei Veranstaltungen verschiedener Gruppen wird an diversen Orten der Menschenrechte gedacht. Einige Politiker, Professoren und Intellektuelle müssen während dieser Gedenkfeiern eine Verhaftung befürchten. Demokraten und Linken ist es nicht gestattet, ein öffentliches Treffen aus Anlaß des Menschenrechtstages abzuhalten. Sie müssen den Tag daher auf Untergrundveranstaltungen zelebrieren. Bei einer Feier im Tri Chandra Campus fordern Redner die Regierung eindringlich auf, alle politischen Häftlinge freizulassen. Studentenführer vertreten die Meinung, daß ihre Freunde nicht inhaftiert werden sollten, nur weil sie an einer politischen Demonstration teilgenommen hätten. Eine Reihe von Rednern auf einer Veranstaltung, die von dem Richter und früheren Staatsminister Krishna Prasad Pant organisiert wurde, verteidigen jedoch die Menschenrechtssituation in Nepal. Sie erklären, die Nepali genießen alle Menschenrechte ohne irgendwelche Beschränkungen.

**Dezember 1989**

Nach dem Sieg der Opposition bei den indischen Parlamentswahlen ist die Hoffnung gewachsen, daß der Handelskonflikt zwischen Nepal und Indien nun doch am Verhandlungstisch beigelegt werden kann. Der Warenfluß nach Nepal hat sich jedenfalls bereits verstärkt, so daß Ende 1989 sogar die Benzinrationierung für private Kraftfahrzeuge aufgehoben werden kann. Die neue indische Regierung hat offiziell ihr Interesse an einer Beilegung des Konflikts bekundet, was von allen nepalischen Seiten mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen wird. Für die verbotenen Parteien ist dies das lange erhoffte Signal, endlich wieder wirkungsvolle Oppositionspolitik zu betreiben.

Die Führer der großen Parteien kommen überein, sich zu einer demokratischen Front (United Democratic Front) zusammenzuschließen und rufen zu einer Satyagraha-Bewegung und Streiks auf. Die Antwort der Regierung ist die Verhaftung so namhafter Parteiführer wie Ganesh Man Singh, Girija Prasad Koirala und Man Mohan Adhikari.

**18.01.1990**

Nationale Parteikonferenz des Nepali Congress (NC) in Kathmandu. Auf dieser Konferenz wird von der Partei die Entscheidung der Parteiführer bestätigt, sich mit der United Leftist Front, einem Bündnis der 7 Linksparteien, zur United Democratic Front zusammenzuschließen und am 18. Februar, dem nationalen Demokratietag, eine landesweite Demokratiebewegung zu starten. Diese soll erst dann wieder beendet werden, wenn das Panchayat-System abgeschafft und ein Vielparteiensystem eingeführt worden ist.

**28.01.1990**

Verbot der Wochenzeitung Deshantar.

Pancha-Versammlung im Kathmandutal, veranstaltet von den Stadt-Panchayats der drei großen Städte des Tals, um die Stimmung gegen die geplante Demokratiebewegung anzuheizen. Die Veranstalter sprechen von 200.000 Teilnehmern. Um Masse zu demonstrieren werden mit 500 Lastwagen und Bussen Personen von außerhalb des Tals herangeschafft. Die Opposition spricht dennoch von lediglich 20.000 Teilnehmern.

**30.01.1990**

Bildung eines Koordinationskomitees von NC und United Leftist Front zur Durchführung der Demokratiebewegung. Ganesh Man Singh spricht von einer National People's Liberation Movement (NPLM). Als dritte Trägergruppe beteiligt sich das Forum for Protection of Human Rights Nepal (FOPHUR). FOPHUR fordert zur Unterstützung der Bewegung das Recht zur Bildung von Vereinigungen und Parteien, Pressefreiheit und eine freie Gerichtsbarkeit. Die Bewegung wird voll unterstützt von der Nepal Human Rights Organization.

**04.02.1990**

Verbot der Wochenzeitung Janajagriti.

**07.02.1990**

Verbot der Wochenzeitungen Punarjagaran und Dristi.

**08.02.1990**

Verbot der Wochenzeitung Rastrapukar.

**09.02.1990**

Verbot der Wochenzeitungen Bimarsha und Nepali Avaj.

**10.02.1990**

Eine Abordnung der Nepal Journalists' Association protestiert im Ministry of Communication gegen die Zunahme von Pressezensur und Zeitungsverboten in den letzten Tagen.

**11.02.1990**

Treffen von Mitgliedern der University Teachers' Association of Nepal (UTA) in Kathmandu. Es werden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Unterstützung und aktive Teilnahme an der angekündigten nationalen Demokratiebewegung.
2. Verurteilung des Rundschreibens der Regierung, daß alle Lehrer an den staatlichen Veranstaltungen zum Demokratietag (18. Februar) teilnehmen sollen.
3. Verurteilung der Verhaftung von Lehrern, der Pressezensur, der Androhung der Universität, Maßnahmen gegen Studenten einzuleiten, die an der Demokratiebewegung teilnehmen, und der Entscheidung der Universität, der Polizei den

Zugang zum Universitätsgelände zu gestatten.

#### **12.02.1990**

Auf dem Prithvi Narayan Campus in Pokhara schreitet die Polizei ein, als die Freilassung von Nelson Mandela gefeiert wird.

#### **14.02.1990**

In Pokhara bleiben die Geschäfte aus Protest gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Polizei geschlossen.

#### **16.02.1990**

Die Polizei dringt in den Prithvi Narayan Campus in Pokhara ein und verhaftet 150 Studenten. Einige von ihnen werden unter Anwendung des Public Security Act inhaftiert, der Rest wird am nächsten Tag wieder freigelassen.

#### **17.02.1990**

In Pokhara werden abermals 21 junge Leute auf der Grundlage des Public Security Act verhaftet.

#### **18.02.1990**

Beginn der landesweiten Demokratie- und Menschenrechtsbewegung. An diversen Orten kommt es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Diese eröffnet in Narayangarh, Palpa, Bhaktapur und Janakpur das Feuer auf die Demonstranten. Einige Personen werden getötet, viele verletzt.

3 Polizisten und 19 Demonstranten sollen landesweit in den ersten drei Tagen der Bewegung getötet worden sein. Zur Unterdrückung der gemeinsamen Demokratiebewegung von Nepali Congress und United Leftist Front sind bereits Frau Sahana Pradhan und Herr Bishnu Bahadur Manandhar von der United Leftist Front verhaftet und Ganesh Man Singh, Girija Prasad Koirala und Krishna Prasad Bhattarai vom NC unter Hausarrest gestellt worden.

#### **19.02.1990**

Am Morgen demonstrieren in Bhaktapur 5.000 Menschen für das Vielparteiensystem. An der Nyatapola-Pagode eröffnet die Polizei das Feuer auf die Demonstranten. Es gibt zwei Tote und 23 Verletzte, davon einer schwer

In Patan wird ein Bus, der den Streik der Transportmittel bricht, von aufgebrachtten Demonstranten schwer beschädigt.

Bei Demonstrationen in Chysal, Patan, setzt die Polizei Tränengas ein. Dennoch bildet sich kurz darauf an der gleichen Stelle ein neuer Demonstrationzug.

#### **20.02.1990**

Etwa 400 seit dem 18. Februar in Chitwan inhaftierte Personen sind immer noch ohne Nahrung. Die Bewohner von Narayangarh sammeln daher Nahrung für die Gefangenen, werden aber von der Polizei zurückgewiesen.

In Kirtipur bleibt die Lage gespannt. Zahlreiche Jugendliche werden am Morgen von der Polizei verhaf-

tet, als sie ihre Häuser verlassen.

Transportwesen und öffentliches Leben im Kathmandual normalisieren sich. Auf den Universitätsgeländen bleibt die Lage jedoch gespannt. Überall wehen schwarze Fahnen.

Das Forum for Democracy and National Unity (FODENU) nimmt Stellung zu den Menschenrechtsverletzungen der Regierung im Zusammenhang mit der Bewegung.

Streik der Anwälte an allen Gerichtshöfen des Landes, einschließlich des Obersten Gerichtshofes in Kathmandu. Die Anwälte folgen damit dem Aufruf der Nepal Bar Association (NEBA).

#### **21.02.1990**

Dhruva Thapalia, der Vizepräsident der Nepal Red Cross Society, wird von der Polizei verhaftet, als er in Chitwan bei Studenten des Rampur Campus Blutkonserven sammelt, um die Opfer der Polizeigewaltaktionen vom 18. Februar behandeln zu können. Bei der anschließenden Folter wird ihm das Rückgrat gebrochen. Sein Gesundheitszustand ist bedrohlich.

Die Regierungspresse facht die Emotionen weiter an, indem sie, insbesondere seit dem 18. Februar, die demonstrierenden Oppositionsgruppen als "antinationale Elemente" bezeichnet. Es mutet wie ein Witz an, daß Premierminister Marich Man Singh Shrestha den Führer des Nepali Congress, Ganesh Man Singh, erst kürzlich als "Gandhi Nepals" ausgezeichnet hat.

Eine Delegation der Nepal Journalists' Association unter Führung ihres Vorsitzenden, Govinda Biyogi, wird bei Premierminister Marich Man Singh Shrestha vorgestellt wegen der verschärften Pressezensur. Der Premierminister empfängt sie mit den Worten: "Dies sind die Journalisten, die von Unruhe sprechen und Terror im Land verbreiten. Diese Journalisten können auf keinen Fall geduldet werden. ... Ich werde ihnen schon den Weg weisen, sei es mit Schlagstöcken oder mit Geschossen."

#### **23.02.1990**

Ärzte und medizinisches Personal des Teaching Hospital's beteiligen sich am "Black Day", indem sie sich schwarze Armbinden umbinden und für zwei Stunden vor dem Krankenhaus gegen die unzureichende medizinische Versorgung der Opfer der Polizeiausschreitungen protestieren. Sie verurteilen das willkürliche Schießen auf friedliche Demonstranten, die Demokratie fordern.

Eine Delegation, bestehend aus Mukunda Regmi, dem Vorsitzenden der Menschenrechtskommission von NEBA, Laxman Aryal, dem Expräsidenten von NEBA, Dr. Devendra Raj Pandey, dem amtierenden Vorsitzenden der Human Rights Organization of Nepal, Prof. Mathura Prasad Shrestha, dem Präsidenten von FOPHUR, Prakash Kaphle, dem Generalsekretär von FOPHUR, Narahari Nath, dem Sekretär der Nepal Teachers' Association, und anderen Personen, überreichen Premierminister Marich Man Singh

Shrestha ein vierseitiges Dokument, in welchem die gravierenden Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung seiner Majestät hervorgehoben werden. Die Regierung wird aufgefordert, den Staatsterror sofort zu beenden. Nur fünf Stunden nach dem Gespräch mit dem Premierminister wird das Delegationsmitglied Prof. Mathura Prasad Shrestha, Präsident von FOPHUR und erster Medizinprofessor Nepals, verhaftet.

Tanka Prasad Acharya, in den fünfziger Jahren Premierminister unter König Mahendra und ältester Politiker Nepals, nimmt Stellung zur Demokratiebewegung. Er kritisiert das Panchayat-System als undemokratisch. Seine Vermittlungsversuche seien jedoch in beiden Lagern auf taube Ohren gestoßen. Er hält es für die beste Lösung, im April eine Übergangsregierung zu bilden, der alle politischen Gruppen des Landes angehören sollen. Ziel sollten dann freie Parlamentswahlen unter freier Beteiligung aller Parteien sein. Wenn das Parteienlager bei diesen Wahlen die Mehrheit erhielte, sollte die offizielle Rückkehr zum Vielparteiensystem erfolgen. T.P.Acharya bedauert jedoch, daß die Führer der Bewegung seinen Vorschlag verworfen hätten.

#### **25.02.1990**

Über Kathmandu und andere Städte wird zur Unterdrückung der Demokratiebewegung eine inoffizielle Ausgangssperre verhängt. Polizeitrupps marschieren durch die Straßen mit Gewehren, Maschinengewehren und verbotener Munition (Dum-Dum-Geschosse). Dennoch kommt es vielerorts zu Protestveranstaltungen der Bevölkerung. Am Darbar Square in Kathmandu demonstrieren etwa 400 Personen mit schwarzen Fahnen. Die Polizei geht mit Schlagstöcken vor und verhaftet viele. Demonstrationen außerhalb des Kathmandutals werden insbesondere aus Dharan, Janakpur, Birganj, Hetaunda, Pokhara und Palpa gemeldet.

#### **26.02.1990**

Ganesh Man Singh beschuldigt in einem Interview mit All India Radio die Regierung, Terror zu verbreiten, indem sie wahllos Leute töte, Eigentum zerstöre und Schlagstöcke, Tränengas und Geschosse gegen friedliche Demonstranten einsetze.

#### **27.02.1990**

In Chitwan werden an vier Orten Massenveranstaltungen zur Unterstützung der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung abgehalten. Die Polizei verhaftet 9 Personen.

#### **Zweite Februarhälfte 1990**

In verschiedenen Gegenden des Landes werden wahllos junge Menschen von der Polizei verhaftet, geschlagen und mit gebrochenen Armen und Beinen wieder freigelassen. In Janakpur weigert sich die Polizei, die Leichname ihrer Opfer an deren Familien zu übergeben.

Bis Ende Februar sind etwa 5.000 Personen verhaftet worden.

#### **02.03.1990**

Landesweit wird zur Unterstützung der Demokratie- und

Menschenrechtsbewegung das sogenannte "Nepal Closed"-Programm durchgeführt. Die Fahrzeuge stehen still, die Geschäfte sind geschlossen.

#### **03.03.1990**

Im Sindhuli-Distrikt werden in einem Waldstück drei Leichen gefunden, zwei davon sind Frauen. Sie können wegen der fehlenden Köpfe nicht identifiziert werden. Im Hauptkanal hinter der Ratna Rajya Lakshmi-Schule in Pokhara wurden ebenfalls zwei Frauenleichen gefunden. Man vermutet, daß es sich um Opfer des Polizeiterrors handelt. Gleiches gilt für die Leichen, die am 5., 8. und 11. März im Kathmandutal gefunden werden. Immer noch gelten zahlreiche Personen nach ihrer Verhaftung durch die Polizei als vermißt.

#### **Anfang März**

Es häufen sich die Fälle, daß im Zusammenhang mit den friedlichen Demonstrationen verhaftete Personen verschwinden. Die Polizei läßt den betroffenen Familien keinerlei Informationen über den Verbleib dieser Personen zukommen.

Die Polizei zwingt Zeitungsverleger und Studentenführer wiederholt zum Verteilen von aggressiven Flugblättern und zum Werfen von Steinen vor der Kamera. Die Fotos werden dann über die Regierungspresse veröffentlicht und bei Verhaftungen als Beweismittel benutzt.

FOPHUR legt eine Liste von 57 Rechtsanwälten vor, die landesweit verhaftet wurden, weil sie die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung unterstützen.

Die Polizei dringt zunehmend auf der Suche nach Teilnehmern an der Demokratiebewegung nachts in Privathäuser ein. Es kommt häufig zu Übergriffen, wenn die Polizei Frauen alleine antrifft. Oft wird berichtet, daß diesen Frauen die Kleidung heruntergerissen und Vergewaltigungsversuche unternommen werden.

#### **08.03.1990**

Aus Anlaß des internationalen Frauentages veranstalten etwa 500 Frauen in Jhapa ein Treffen zur Unterstützung der Demokratiebewegung. Bereits nach zehn Minuten schreitet die Polizei ein und verhaftet 50 Frauen.

Aus Anlaß des internationalen Frauentages veranstalten etwa 500 Ärztinnen, Universitätslehrerinnen, Ingenieurinnen und Studentinnen im Padma Kanya College in Kathmandu eine Protestversammlung gegen die brutalen Foltermaßnahmen und illegalen Verhaftungen durch die Regierung und gegen die vulgäre und obszöne Behandlung von Frauen durch die Polizei. Nach der Veranstaltung verhaftet die Polizei acht Teilnehmerinnen.

D.P.Adhikari, Parlamentsabgeordneter des Morang-Distrikts, legt sein Mandat aus Protest gegen die herrschende Menschenrechtssituation im Land nieder. Immer mehr namhafte Politiker des Panchayat-Lagers kehren dem System den Rücken.

Die regierungsunabhängige All Nepal Women's Associa-

tion organisiert in Biratnagar eine Versammlung von 200 Frauen. Nach einem Protestmarsch von etwa 1 km erscheint die Polizei und verhaftet 16 Frauen. Sie werden an den Haaren ins Polizeigebäude geschleift und in aller Öffentlichkeit vulgär auf Hüften und Schenkel geschlagen.

Etwa 70 nepalische und ausländische Frauen nehmen an einem von ICIMOD organisierten Treffen aus Anlaß des Weltfrauentages teil. Frau Chandani Joshi, die Vorsitzende der Frauenentwicklungsabteilung im Ministerium für Panchayat und lokale Entwicklung versucht mit allen Mitteln Diskussionen um jüngste Vorgänge in Pokhara zu unterbinden. Dort war Frau Lakshmi Karki 13 Stunden lang nackt im Polizeigewahrsam gehalten worden. Auch andere Studentinnen des Prithvi Narayan Campus waren obszöner Verhalten der Polizei ausgesetzt.

#### **09.03.1990**

Die Polizei verhaftet an 16 unterschiedlichen Orten des Kathmandutals zwanzig Personen, weil sie an Protestversammlungen gegen das Panchayat-System teilgenommen haben. Eine Versammlung von über 400 Personen wird von der Polizei mit Schlagstöcken auseinandergetrieben. Verletzte und Verhaftungen bei ähnlichen Anlässen werden auch aus Pokhara, Chitwan, Morang, Jhapa und Birganj gemeldet.

#### **16.03.1990**

Ein führender Vertreter von FOPHUR hält sich in der Bundesrepublik Deutschland auf, um einerseits der Bundesregierung und den Parteien über die Lage in Nepal zu berichten und andererseits seine nepalischen Landsleute in Deutschland und ihre Freunde um Unterstützung zu bitten. Zu diesem Zweck sind bereits in mehreren Ländern der Erde Nepal Support Groups gebildet worden. Nach eingehender Diskussion mit einigen Nepali und Deutschen wird auf seine Veranlassung eine NEPAL SUPPORT GROUP - GERMANY gegründet. Vorrangige Ziele sind, alle Nepali in Deutschland und ihre Freunde über die Ereignisse in Nepal auf dem Laufenden zu halten, die deutsche Regierung und die deutschen Organisationen auf die Lage in Nepal aufmerksam machen und die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung in Nepal moralisch und finanziell zu unterstützen. Auch nach einem möglichen Erfolg der Demokratiebewegung will man sich für die Verbesserung der Menschenrechte in Nepal engagieren (siehe auch: Aufruf der NEPAL SUPPORT GROUP - GERMANY).

#### **21.03.1990**

Zahlreiche Doktoren, Professoren, Ingenieure, Krankenschwestern, Anwälte, Vorarbeiter und Studenten beteiligen sich an einem Seminar zum Thema "Unsere Verantwortung in der gegenwärtigen Situation". Während einer Rede von Professor Mathura Prasad Shrestha, dem Vorsitzenden von FOPHUR, stört die Polizei zunächst durch Entfernen des Mikrofons und räumt anschließend gewaltsam den Saal. Fast 500 Personen werden verhaftet.

#### **30.03.1990**

Die Bewohner des Kathmandutals organisieren aus Protest gegen das feindliche Vorgehen der Regierung zahlreiche Demonstrationen. Eine besonders große Demonstration mit über 50.000 Teilnehmern wird in Patan abgehalten. Dort sterben an den Folgen von Polizeischüssen zwei Personen, zehn weitere, darunter ein neunjähriges Kind, werden verletzt.

#### **31.03.1990**

Die Polizei dringt in zahlreiche Privathäuser in Patan ein und verhaftet viele Personen. Dies wiederum steigert den Unmut der Bevölkerung und veranlaßt sie zu einer weiteren Demonstration. Wiederum eröffnet die Polizei das Feuer auf die Demonstranten. Acht Personen werden verletzt. Eine Krankenschwester des Bir-Hospitals wird auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstätte von einer Polizeikugel getroffen.

#### **01.04.1990**

Nachdem auch innerhalb des Kabinetts der Unmut über die Unterdrückung des Volkes gewachsen ist und sich mehrere Kabinettsmitglieder "regierungsfeindlich" geäußert haben, nimmt König Birendra eine größere Kabinettsumbildung vor. Es werden insgesamt 12 Minister, Staats- und Assistenzminister entlassen. Die Tatsache, daß der König weiterhin an Premierminister Marich Man Singh Shrestha festhält, zeigt, daß er unverändert die harte Regierungslinie fortsetzen will.

#### **02.04.1990**

Wegen des Todes ihrer Familienangehörigen und der unerträglichen Repressalien durch die Regierung Seiner Majestät gehen in Patan mehr als 30.000 Menschen auf die Straße. Sie haben sich diesmal zu ihrer eigenen Verteidigung mit hölzernen Küchengeräten und alten Schwertern bewaffnet. Man errichtet außerdem Straßenbarrikaden, um die bewaffneten Polizeieinheiten und ihre Fahrzeuge zu stoppen. Hubschrauber und Flugzeuge der Regierung kreisen über der Stadt.

#### **03.04.1990**

Am Abend werden in Kirtipur, einer alten Stadt südwestlich von Kathmandu, fünf Personen durch Polizeischüsse getötet. Zahlreiche andere werden verwundet. Die Polizei feuert blind in die Menschenmenge, als Kirtipur infolge der Stromabschaltung in Dunkel gehüllt wird. Die Regierung Seiner Majestät benutzt Hubschrauber, um Tränengas gegen die Demonstranten einzusetzen.

#### **05.04.1990**

Unter dem Eindruck der zunehmenden Protestbewegung, entläßt König Birendra am späten Abend, nur vier Tage nach der großen Kabinettsumbildung, das gesamte Marich Man Singh Shrestha-Kabinett. Er bildet einen vierköpfigen neuen Ministerrat mit Lokendra Bahadur Chand als Premierminister. Chand war bereits einmal von 1983 bis 1986 Premierminister. Damals hatte er Surya Bahadur Thapa aufgrund eines Mißtrauensvotums im Parlament gestürzt. Lokendra Bahadur Chand gilt als gemäßiger

# Nepals Weg zur Demokratie 2. Teil

**20.4.1990**

Es soll eine kleinere Demonstration aus dem Kreis der Linksgruppen gegen die Zusammensetzung des neuen Kabinetts gegeben haben.

**23.4.1990**

Im Volk steigt sich der Unmut gegen den Palast. Polizei und Militär unterstehen weiterhin direkt dem König; das neue Kabinett hat keinen Einfluß. Demonstranten fordern daher in Kathmandu, Polizei und Militär dem Ministerrat zu unterstellen. Außerdem wird der Ruf nach einer sofortigen Ablösung der Zonenkommissare (Ancaladhish) laut, die direkt vom König ernannt worden sind und in den 14 Verwaltungszonen Nepals für Ruhe und Ordnung zu sorgen haben. Im Verlauf der Demonstration kommt es zu Ausschreitungen; aufgeregte Demonstranten greifen Polizisten und - wie es heißt - als Polizisten verkleidete "Mandaliya" an, lynchen einige von ihnen und schleifen sie vor den Königspalast. Wie schon bei früheren Demonstrationen eröffnet die Polizei das Feuer. Es gibt wieder zahlreiche Opfer; man spricht von bis zu 10 Toten und über 70 Verletzten. Es wird eine nächtliche Ausgangssperre über Kathmandu verhängt, die in der Folgezeit zwar mehrfach verkürt, aber erst am 10. Mai wieder völlig aufgehoben wird, und das Militär kontrolliert die Straßen.

Die im Volk verhaßten "Mandaliya" (Randaliererbanden) waren von der Panchayat-Regierung während der Demokratiebewegung bewußt eingesetzt worden (sie sollen bis zu 300 Rupien pro Tag erhalten haben), um die Bewegung in Verruf zu bringen. Bereits bei den Unruhen von 1979, die damals zum Referendum über das Panchayat-System führten, war die Regierung ähnlich verfahren. Sie hatten ihren Ursprung in den sechziger Jahren, als die Panchayat-Regierung Schüler und Studenten kaufte, um sie als Spitzel gegen Sympathisanten der verbotenen Parteien an Universität und Schulen einzusetzen. Da diese Gruppen später im 'Rastravadi Svatanttra Vidyarthi Mandal' (RSVM), der Studentenvereinigung des Panchayat-Systems institutionalisiert wurden, werden sie allgemein als "Mandaliya" oder "Mandale" bezeichnet.

Seit der Beendigung des Panchayat-Systems am 16. April streifen diese Banden nachts durch die Stadt, dringen in Privathäuser ein, rauben und plündern. Es mehren sich die Informationen, daß diese Banden ihren Auftrag vom Palast erhalten.

**27.4.1990**

Nachdem man im Volk zunehmend unruhig geworden ist über die weiteren Maßnahmen der Regierung, leitet der Ministerrat einen weiteren wesentlichen Schritt zur Abschaffung des Panchayat-Systems ein. Mit sofortiger Wirkung werden alle Dorf-, Stadt- und Distrikt-Panchayats aufgelöst. Es wird jedoch nicht mitgeteilt, wie diese Verwaltungslücke so rasch wieder geschlossen

werden soll. Gleichzeitig wird bekannt, daß alle Staatssekretäre, also die höchsten Verwaltungsbeamten, ausgetauscht werden sollen. Ein weiteres Amt, das harter Kritik ausgesetzt ist, ist das des Polizeichefs.

Der Ärger im Volk über die Königin nimmt zu. Er zeigt sich äußerlich schon darin, daß man in Häusern und an Tempeln das Bildnis der Königin entfernt hat; der König wirkt wie ein Witwer. Es ist auf den Straßen Kathmandus ein offenes Geheimnis, daß Königin Aishvarya Rajya Lakshmi Devi Shah, die in Anlehnung an die Gattin des früheren philippinischen Diktators "Imelda" gerufen wird, in mehreren westlichen Ländern Bankkonten mit hohen Beträgen unter dem Namen Pampa Devi Thakuri angelegt hat. Königin Aishvarya traut sich kaum noch in die Öffentlichkeit und hat zahlreiche ihrer Ämter, darunter das der Vorsitzenden des Social Services Coordination Council's, welcher die Verteilung der ins Land fließenden Entwicklungshilfegelder überwacht und regelt, aufgegeben.

**Ende April 1990**

Die Regierung erhöht den Betrag für die finanzielle Unterstützung der Familien jener Personen, die im Verlauf der Demokratiebewegung getötet wurden, von jeweils 15.000 auf 20.000 Rupien.

**29.4.1990**

Für den kommenden Tag werden alle 14 vom König eingesetzten Zonenkommissare (ancaladhish) in die Hauptstadt beordert. Diese sind hauptverantwortlich für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und den Einsatz von Polizei und Militär in ihren Zonen. Sie tragen somit auch die Verantwortung für die Polizeiausschreitungen im Verlauf der Demokratiebewegung. Aus Kreisen der Bevölkerung wird die völlige Abschaffung dieses Amtes gefordert.

**29.4.1990**

Minister Jhala Nath Khanal erklärt auf einem Treffen der 'All Nepal Women's Association' in Kirtipur, daß der Kampf des Volkes für die Verwirklichung voller demokratischer Rechte, einschließlich des Rechts zum Entwurf und zur Änderung der Verfassung, fortgesetzt werde. Er verwies auf das 14-Punkte-Programm der 'United Left Front' und drohte mit seinem Rücktritt vom Ministeramt, "wenn wir nicht die notwendige Kooperation seitens der Bürokratie und der Machtzentren erhalten."

**30.4.1990**

Der Generalinspekteur der Polizei kündigt an, daß in jedem Stadtbezirk zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Schutztruppen (Vigilance Groups) gebildet werden sollen, die aus Polizisten und vom 'Nepali Congress' und der 'United Left Front' zu benennenden Freiwilligen bestehen.

Jhala Nath Khanal, der Minister für Forstwirtschaft und Bodenerhaltung weist darauf hin, daß in verschiedenen Landesteilen Personen die Übergangsphase dazu nutzen, um Raubbau an den ohnehin schon dezimierten Wäldern zu betreiben. Er fordert das Volk auf, dazu beizutragen, derartige Maßnahmen zu unterbinden und ein Bewußtsein für die Erhaltung der natürlichen Umwelt zu entwickeln.

#### 1.5.1990

Erstmals wird auch in Nepal der 1. Mai gefeiert. Die Regierung erklärt den Tag zum Tag der Arbeit und zum staatlichen Feiertag für die in der Industrie Beschäftigten. Zahlreiche Arbeiterorganisationen aus dem Umfeld der 'United Left Front' und dem demokratischen Lager veranstalten Kundgebungen in Kathmandu.

#### 2.5.90

Die 'Nepal Journalists' Association' ehrt auf einem Empfang jene 40 Journalisten, die im Verlauf der Demokratiebewegung verhaftet worden waren. Bei dieser Gelegenheit nimmt Premierminister Krishna Prasad Bhattarai zum weiteren Vorgehen seiner Regierung Stellung. Er betont, daß bald eine Kommission mit dem Entwurf einer neuen Verfassung beauftragt würde. Seine Regierung räume der Durchführung freier Wahlen absoluten Vorrang ein. Das zukünftige Wahlalter werde 18 Jahre betragen. Seine Regierung habe das von den Linken vorgelegte 14-Punkte-Programm voll akzeptiert, und der 'Nepali Congress' werde zum Bündnis mit der 'United Left Front' stehen.

#### Anfang Mai 1990

Die am 6. April gebildete Kommission zur Untersuchung von Ausschreitungen gegen Leben und Besitzstand der Bürger seit dem Beginn der Demokratiebewegung, der die Richter Prachand Raj Anil, Hari Prasad Sharma und Kedar Nath Acharya angehören, wird um zwei Vertreter der Menschenrechtsorganisationen erweitert: Prakash Kaphle, Generalsekretär von FOPHUR, und Kapil Shrestha, HURON. Außerdem wird die Funktionsdauer dieser Kommission von einem auf drei Monate verlängert. In dieser Zeit sollen nun alle Zwischenfälle im Zusammenhang mit der Demokratiebewegung untersucht werden.

#### 10.5.1990

König Birendra bildet ohne Konsultation des Übergangskabinetts eine Verfassungskommission. Dies führt zu massiven Protesten aus dem Parteienlager und dem Volk. Auch innerhalb des Regierungsbündnisses kommt es zu Streitigkeiten über die angeblich ungeschickte Vorgehensweise von Premierminister Krishna Prasad Bhattarai in diesem Zusammenhang.

#### 15.5.1990

König Birendra löst die fünf Tage zuvor von ihm gebildete Verfassungskommission infolge des massiven Drucks aus dem Volk wieder auf. Es heißt, er habe nun alle Verantwortung für die Bildung einer derartigen Kommission in die Hände des Ministerrats gelegt. Außerdem verlautet, daß die Führungsspitze der Universität, die

in der Vergangenheit massiven Protesten der Studenten ausgesetzt war, abgesetzt worden ist.

Die Regierung beschließt, daß neben den staatlichen Zeitungen, 'Gorkhapatra' und 'Rising Nepal', erstmals auch Zeitungen privater Herausgeber von den Regierungsstellen abonniert werden dürfen.

#### Mitte Mai

Alle Haftstrafen, die unter dem Panchayat-System wegen der Mitgliedschaft in einer verbotenen Partei oder Vereinigung auf der Grundlage des 'Organizations and Associations (Control) Act' ausgesprochen wurden, werden aufgehoben. Gleichzeitig wird allen Gefangenen bei guter Führung ein Viertel der Haftstrafe erlassen.

Ein Flugblatt zirkuliert, in dem eine 'Limbuwan Liberation Front' für den östlichen nepalischen Gebirgsraum einen gesonderten Staat 'Limbuwan' fordert. Dieser solle mit Ausnahme von Währung, auswärtigen Angelegenheiten und Verteidigung volle Autonomie besitzen. Gleichzeitig fordert man die Einführung eines föderativen Systems in Nepal.

#### 20.05.1990

Nepali Congress und United Left Front (ULF) beschließen auf einem gemeinsamen Treffen, entsprechend dem Vorschlag der ULF ein Übergangsgesetz zu schaffen, um alle exekutive und legislative Macht auf die Übergangsregierung zu übertragen.

#### 23.05.1990

Die Regierung bildet eine neue Kommission, bestehend aus drei Richtern, zur Untersuchung der Ausschreitungen im Verlauf der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung und ihrer Folgen.

#### 30.05.1990

Auf Empfehlung des Premierministers ernennt König Birendra eine neue, neunköpfige 'Constitution Recommendations Commission'. Sie soll Konsultationen mit den verschiedenen Parteien und Personen, welche die unterschiedlichen Gesellschaftsklassen repräsentieren, führen. Sie soll dann eine Verfassung entwerfen und diese innerhalb von drei Monaten vorlegen. Der Kommission gehört keine Frau an, was vom 'All Nepal National Women's Forum' kritisiert wird.

#### 2.06.1990

Das 'Nepal Tarai Students Democratic Rights Forum' veranstaltet in Kirtipur ein Symposium zu den Problemen der 8 Millionen Menschen in den Tarai-Gebieten. Gore Bahadur Khapangi, einer der Führer der 'Nepal National People's Liberation Front' sagt auf dem Symposium: "In Nepal kontrollieren weniger als zwei Prozent der Bevölkerung aus Brahmanen-, Chetri- und Newarkreisen alle gesellschaftlichen Sphären. Seit Jahrhunderten beuten diese die fruchtbare Tarai-Region und die dort ansässige Madhise-Bevölkerung aus. Sie sind es auch, die die Menschen aus entlegenen Gegenden zu Unberührbaren abgestempelt haben." Die Teilnehmer des Symposiums fordern eine föderative Verfassung.

### 2.06.1990

Auf einem Symposium der 'Buddhist Youth Group' in Kathmandu wird eine Resolution verabschiedet, daß in Nepal nur dann von wirklicher Religionsfreiheit gesprochen werden könne, wenn Nepal zu einem säkularen Staat erklärt würde. Diese Resolution wird später von einer Delegation dem Premierminister überreicht.

### 3.06.1990

Finanzminister Dr. Devendra Raj Pandey betont in einem TV-Interview, daß Nepal im derzeitigen Stadium mehr denn je auswärtiger Unterstützung bedürfe. Das Problem sei nur eine möglichst wirkungsvolle Nutzung dieser Hilfe. Weiterhin seien einflußreiche Kommissionäre aktiv, die sich in der Vergangenheit 5-10 % der ausländischen Finanzmittel persönlich angeeignet hätten.

### 4.06.1990

Auf einer Pressekonferenz in Kathmandu erklärt Dr. Tika Man Vaidya, der Vorsitzende der 'Hindu Religion Protection Organization, Nepal', der einzige Hindu-Staat der Welt dürfe nicht zum säkularen Staat erklärt werden.

### 4. u. 6.06.1990

Auf einem Treffen, das im Zentralbüro der 'World Hindu Federation' in Kathmandu unter Vorsitz von Achyut Raj Regmi, dem Minister for Housing and Physical Planning, einem der beiden Vertrauten des Königs im Ministerrat, stattfindet, wird beschlossen, eine öffentliche Kampagne zur Unterstützung der Forderung nach einer Erhaltung Nepals als hinduistisches Königreich zu starten. Man behauptet in diesem Zusammenhang, in den vergangenen sechs Wochen nach der Bildung der Übergangsregierung seien 30.000 Nepali zum Christentum übergetreten (siehe auch Beitrag von Ludmilla Tüting in diesem Heft).

Amnesty International veröffentlicht den Bericht eines Untersuchungsteams, das Nepal vom 12.-22. April besucht hat. Die Bildung einer Untersuchungskommission hinsichtlich der Exzesse im Verlauf der Demokratiebewegung wird begrüßt. Ferner unterbreitet AI eine Reihe von Vorschlägen zum dauerhaften und wirkungsvollen Schutz der Menschenrechte in Nepal. Insbesondere wird der Regierung dringend empfohlen, die internationalen Abkommen zu den zivilen und politischen Rechten und die fakultativen Protokolle zu ratifizieren.

### 6.06.1990

Premierminister K.P. Bhattarai erklärt in einem Interview mit der Zeitschrift 'Nepali', die Übergangsregierung habe nun keinen Druck mehr seitens des Palastes zu befürchten. Die Panchayat-Verfassung sei quasi außer Kraft gesetzt, seit der König alle legislative Macht auf den Ministerrat übertragen habe. Demgegenüber verlangt die Industrie- und Handelsministerin, Frau Sahana Pradhan, auf einem Treffen der 'United Left Front' in Kathmandu die Abschaffung der Panchayat-Verfassung und baldige Schaffung eines Übergangsgesetzes.

### 7.06.1990

Die Wahlkommission beginnt mit den Vorbereitungen für die Zusammenstellung von Wählerverzeichnissen.

Nepal und die Bundesrepublik unterzeichnen in Kathmandu ein Abkommen über technische und personelle Hilfeleistungen zur Verwirklichung der dritten Phase des 'Small Business Promotion Project's'.

### 7.-08.06.1990

Die nationale Konferenz des 'Nepal Tamang Bouddha Ghendung' verabschiedet eine Resolution, in welcher die konstitutionelle Berücksichtigung der Tamang-Sprache und anderer Sprachen, eine proportionale Vertretung der ethnischen Gruppen in Parlament und Regierung sowie die Erklärung Nepals zum säkularen Staat gefordert werden.

### 8.06.1990

Sieben linke Intellektuelle bilden eine neue Gruppe unter dem Namen "Forum for Unity". Ihr Ziel ist es, vier auf Marxismus, Leninismus und Maoismus ausgerichteten Gruppen der Nepal Communist Party, nämlich Mashal-Gruppe, Masal-Gruppe, Fourth Convention und Proletarian Workers' Organization, zu vereinigen. Ähnliche Einigungsbestrebungen deuten sich auf einem Treffen der Varma-Gruppe der Nepal Communist Party in Butwal an. Krishna Raj Varma, der Generalsekretär dieser Organisation spricht von guten Fortschritten bei entsprechenden Verhandlungen mit den Man Mohan-, Tulsilal-, Manandhar- und Rohit-Gruppen der Nepal Communist Party. Tulsilal Amatya, der Ehrenpräsident der United Left Front, erklärt bei dieser Gelegenheit, weder Sozialismus noch Kapitalismus seien für das heutige Nepal von Nutzen; man müsse sich vielmehr um einen nationalen, demokratischen Weg bemühen.

### 8.-10.06.1990

Staatsbesuch Premierminister Krishna Prasad Bhattarais in New Delhi auf Einladung des indischen Premierministers: Bereits im Vorfeld des Besuchs deutet sich ein Entgegenkommen beider Seiten in Hinsicht auf die noch immer ungelöste Handels- und Transitproblematik der beiden Länder ab (Details siehe 'Südasiens' Nr. 6/90).

Kritik kommt allerdings aus den Reihen der United National People's Movement (UNPM). Nepal sei durch die Vereinbarungen zu einem geschützten indischen Markt geworden; der Handel mit Drittländern sei beschränkt. Der Bevölkerungsdruck werde noch mehr zunehmen, da Inder nun wieder keine Arbeitserlaubnis benötigten. Darüber hinaus sei Nepals bündnisfreie Außenpolitik gefährdet.

### 9.06.1990

Die Human Rights Organization of Nepal (HURON) befürwortet auf einem Treffen in Kathmandu die Maßnahmen der Regierung zur Kontrolle antisozialer Aktivitäten reaktionärer Kräfte. Gleichzeitig fordert man aber, eine klare Trennungslinie zwischen derartigen Aktivitäten und legitimen demokratischen Aktivitäten politischer Parteien, Organisationen und Einzelpersonen zu ziehen.

Auf der Abschlußveranstaltung einer Religionszeremonie der 'Shri Krishna Pranami Vishva Yuva Samanvaya Samiti'

in Kathmandu droht Achyut Raj Regmi, einer der beiden Vertrauten des Königs in der Übergangsregierung, mit einem Hungerstreik, falls die neue Verfassung keine Vorkehrungen für die Beibehaltung Nepals als Hindu-Königreich enthalte.

Auf einer Veranstaltung der 'All Nepal National Independent Students' Union' (ANNISU) in Kathmandu fordert Mohan Chandra Adhikari, ein Führer des marxistisch-leninistischen Flügels der Nepal Communist Party, die neue Verfassung solle die Rechte und Interessen aller Bevölkerungsklassen schützen. Radha Krishna Mainali, ein anderer Führer dieser Partei erklärte, seine Partei sehe es unter den gegebenen Umständen nicht als praktikabel an, die durchaus demokratische Forderung einer verfassungsgebenden Versammlung durchzusetzen.

#### 10.06.1990

Auf einer Konferenz der 'Sanatana Dharma Seva Samiti' wird einstimmig die Resolution beschlossen, Nepal müsse auch unter der neuen Verfassung ein Hindu-Staat bleiben.

#### 11.06.1990

Auf Vorschlag des Premierministers hebt König Birendra die wegen religiöser Vergehen ausgesprochenen Gefängnisstrafen auf und ordnet an, die laufenden Verfahren einzustellen. Nach Angaben des Innenministeriums werden am 15. Juni 12 Personen, 11 Christen und ein Moslem, aus Gefängnissen in Kathmandu, Dhankuta, Morang und Okhaldhunga entlassen. 20 der laufenden Verfahren werden eingestellt; weitere Einstellungen sollen folgen.

Die 'World Hindu Federation' protestiert massiv gegen diese Amnestie, weil sie das Recht unterwandere und die Gefühle von 95 % der nepalischen Bevölkerung sowie von Millionen von Hindus in der ganzen Welt verletze. Man fordert daher die Regierung auf, ihre Entscheidung zurückzunehmen.

#### 12.06.1990

Massenveranstaltung der United Left Front in Kathmandu: Ihre Führer fordern in ihren Reden die sofortige Abschaffung der Panchayat-Verfassung und die Einführung eines Übergangsgesetzes zur Sicherung der durch die Demokratiebewegung errungenen Rechte des Volkes.

#### 12.-13.06.1990

Auf einem Konvent der 'National Suppressed People' in Lalitpur werden besondere Möglichkeiten für eine weitreichende politische Beteiligung der rückständigen und unterdrückten Klassen sowie eine Reservierung von Ausbildungsplätzen und Stellen im öffentlichen Dienst, in der Armee und der Polizei gefordert. Außerdem verlangt man Religionsfreiheit und die Erklärung Nepals zum säkularen Staat.

#### 14.06.1990

Auf einem Symposium in Kathmandu fordert Gesundheitsminister Prof. Dr. Mathura Prasad Shrestha, der Vorsitzende des 'Forum for Protection of Human Rights', die neue Verfassung dürfe keiner Religion oder Sprache

einen besonderen Status einräumen.

In Kathmandu wird die 'Women's Democratic Party' unter dem Vorsitz von Frau Kishori Acharya gegründet.

Der amerikanische Kongress verabschiedet eine Resolution, in welcher die Unterstützung Premierminister Krishna Prasad Bhattarais bei seinem Bemühen um eine Sicherung der Vielparteiendemokratie in Nepal zum Ausdruck gebracht wird. Die Zeitschriften 'Samaj' und 'Arati' verurteilen jedoch die Forderung des Kongresses, die Missionierung in Nepal zu gestatten, als Einmischung in nepalische Angelegenheiten.

#### 16.06.1990

Vishwa Nath Upadhyaya, der Vorsitzende der 'Constitution Recommendation Commission' erklärt auf einem Symposium in Kathmandu, die neue Verfassung werde vollkommen demokratisch sein und dem Volk die Grundrechte garantieren. Sie werde eine Regierung vorsehen, welche den gewählten Vertretern des Volkes gegenüber verantwortlich sei, und eine unabhängige Gerichtsbarkeit. Fragen der Religion, der Kaste oder der Region müßten außen vorbleiben.

#### 17.06.1990

Das Politbüro der NCP (Marxist-Leninist) begrüßt grundsätzlich die Normalisierung des indisch-nepalischen Verhältnisses durch die Übergangsregierung. Gleichzeitig fordert man aber eine völlige Überarbeitung des indisch-nepalischen Verhältnisses und kritisiert einige der getroffenen Vereinbarungen: Durch die Hervorhebung des indischen Sicherheitsinteresses werde die Unabhängigkeit Nepals in Frage gestellt. Die Abschaffung der Arbeitserlaubnis werde negative Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Beschäftigung in Nepal haben. Indien habe sicherlich in mancher Hinsicht einen guten Willen gezeigt, doch entscheidend sei, daß indische Güter nun wieder den nepalischen Markt dominieren würden. Es sei ein besorgniserregendes Zeichen von Schwäche, daß diesen Problemen keine Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

#### 18.06.1990

Einige der seit 23.03.1989 geschlossenen Grenzübergänge werden wieder geöffnet. Gleichzeitig verkündet das Department of Labour, daß indische Bürger in Zukunft keine Arbeitserlaubnis mehr bedürfen, wie dies in den drei Distrikten des Kathmandutals seit dem 13.4.1987 erforderlich war. Madhav Kumar Pokharel, der Vorsitzende der 'Nepal Democratic Independent Workers Association' sieht als Folge dieser Maßnahme, daß Hunderttausende Nepali jetzt gezwungen würden, auf Arbeitssuche ins Ausland zu gehen. Die Entscheidung sei daher ein Rückschlag für das nepalische Selbstwertgefühl.

#### Mitte Juni 1990

Gore Bahadur Kaponge, der Generalsekretär der 'Nepal National People's Liberation Front', legt der Verfassungskommission ein 21-Punkte-Memorandum vor. Darin heißt es u.a., Nepal solle eine föderative Regierung mit autonomen Distrikten, deren Grenzen nicht durch

die Topographie des Landes sondern durch die ethnischen Siedlungsgebiete zu bestimmen seien, erhalten. Die ethnischen Gruppen sollten proportional zu ihrem Bevölkerungsanteil in der föderativen Regierung und den Distriktregierungen vertreten sein. Nepal solle zum säkularen Staat ernannt werden, die Kuh dürfe nicht das Nationaltier Nepals bleiben. Nepali dürfe nicht zur Nationalsprache erklärt werden; vielmehr müßten die Sprachen, Religionen und Kulturen aller ethnischen Gruppen gleichbehandelt werden. Ferner müsse es eine eindeutige Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative geben.

#### **20.06.1990**

Es soll nun mindestens 15 kommunistische Gruppen in Nepal geben, darunter 11 Splittergruppen der Nepal Communist Party, nämlich die Manandhar-, Amatya-, Varma-, Marxist-, Shambhuraam-, Harihar Jung Shah-, Marxist-Leninist-, Masal-, Mashal-, Fourth Convention- und Sixth Convention Groups der der NCP sowie die Nepal Peasants and Workers Organization, die Nepal Marxist-Leninist Party, die Proletarian Workers' Organization und die People's Communist Party (siehe auch Kasten: Wichtige politische Parteien).

#### **21.-23.06.1990**

Premierminister K.P.Bhattarai eröffnet in Kathmandu eine nationale Konferenz der 'Nepal Bar Association' (NEBA) zur neuen Verfassung. Er betont, die neue Verfassung müsse die Entwicklung demokratischer politischer Parteien, die Souveränität und Vormachtstellung des Volkes, Religionsfreiheit und die grundlegenden Menschenrechte garantieren. Es werde eine strikte Machtteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative geben.

#### **22.06.1990**

Vertreter von 32 Gruppen der Buddhisten, Tamang, Sherpa, Tharu, Sunuwar, Kirat und anderer ethnischer Gruppen marschieren in einer Prozession zum Büro der Verfassungskommission, wo sie ein von 10.780 Personen unterzeichnetes Memorandum vorlegen, in welchem gefordert wird, Nepal zu einem säkularen Staat zu erklären.

#### **23.06.1990**

In Kreisen der 'Royal Nepali Army' wird ein Rundschreiben des militärischen Hauptquartiers verbreitet, in welchem die Armeeeinheiten aufgefordert werden, folgende Empfehlungen an die Verfassungskommission zu richten: "Seine Majestät soll Supreme Commander-in-Chief Feldmarschall der 'Royal Nepali Army' bleiben. Die Souveränität muß in den Händen Seiner Majestät liegen, dem auch die Kontrolle der Armee obliegen soll. Das Amt des Commander-in-Chief soll wie bisher verfassungsmäßig verankert sein, und Ernennungen zu diesem Amt sollten durch Seine Majestät erfolgen. Die 'Royal Nepali Army' verehrt traditionell die Gottheiten Mahadeva und Kali, und in allen Kasernen werden Hindu-Zeremonien durchgeführt. Daher muß Nepal ein Hindu-Staat bleiben." Bishwanath Upadhyaya, der Vorsitzende der Verfassungskommission, erklärt später in einem Interview des Samaloshana (9. Juli), die Kommis-

sion habe weder die Armee noch sonst jemanden um Vorschläge gebeten, sondern lediglich jene Anregungen entgegengenommen, die man an sie herangetragen habe. Seiner Meinung nach sollten Armee und Polizei nicht einer Einzelperson gegenüber verantwortlich sein.

#### **28.06.1990**

Die Zeitschrift 'Arati' erhebt die Beschuldigung, es finde eine gefährliche Verschwörung statt, die darauf abziele, Nepal zum säkularen Staat zu erklären. Hinter dieser Verschwörung ständen jene 57 oder 58 christliche Missionsorganisationen, die zur Zeit in Nepal arbeiteten. Zu diesen zählten die United Mission to Nepal, Red Barna, Action Aid, Lutheran World Service, SAP und Care/Nepal, welche von Kirchen und religiösen Organisationen in Europa, den USA und Kanada finanziert würden und die direkt oder indirekt in missionarische Aktivitäten in Nepal verwickelt seien. Vertreter dieser christlichen Organisationen hätten kürzlich ein geheimes Treffen in Kathmandu abgehalten, auf welchem man beschlossen habe, die Säkularismuspropaganda zu finanzieren. Es seien bereits 1,8 Millionen Rupien zu diesem Zweck gezahlt worden. Die Christen hätten auch buddhistische Führer für ihre Sache gewonnen. Ferner hätten die Christen 1,2 Millionen Rupien an kommunistische Rechtsanwälte gezahlt, damit sich diese auf der jüngsten nationalen Konferenz der 'Nepal Bar Association' für den Säkularismus einsetzten.

Beginn eines zweitägigen Seminars zum Schutz der Rechte der Kinder in der angestrebten Verfassung, organisiert vom 'Nepal Centre for Women and Children Affairs' (ACWCA) mit Unterstützung von UNICEF.

#### **29.06.1990**

Unter Vorsitz von Finanzminister Devendra Raj Pandey treffen sich in Kathmandu Vertreter von Geberorganisationen aus Österreich, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Niederlanden, Schweiz, USA sowie von World Bank, Asian Development Bank, IMF, UNDP, UNICEF und World Food Program zur Besprechung der augenblicklichen Wirtschaftslage Nepals. Der Finanzminister betont die katastrophale Wirtschaftslage, welche die Panchayat-Regierung hinterlassen habe. Davon seien alle Wirtschaftssektoren betroffen. Über allem liege der enorme Druck auf Umwelt und ökologisches Gleichgewicht.

#### **30.06.1990**

10.000 Buddhisten und Angehörige ethnischer Gruppen demonstrieren in Kathmandu für einen säkularen Staat. 310 Institutionen sollen an dieser Demonstration teilgenommen haben.

Radio Nepal sendet wieder Nachrichten in Hindi und Newari. Bereits von 1951 bis 1965 hatte es derartige Nachrichtensendungen gegeben.

#### **Anfang Juli 1990**

Tulsilal Amatya, der Ehrenvorsitzende der United Left Front, erklärt auf einer Veranstaltung in Belbari, Morang-Distrikt, die Kommunisten hätten die Möglich-

keit, die künftige Regierung zu bilden, wenn sie ge-  
eint die kommenden Wahlen bestritten. Es gehe das  
Gerücht um, der Nepali Congress verteilte 300 Rupien  
pro Familie, um Stimmen zu kaufen.

#### 1.07.1990

Der 'Gorkhapatra' ergreift in einem erzkonservativen  
Kommentar Stellung für das traditionelle Königtum.  
Darin heißt es u.a.: "Heute ist die Monarchie in Nepal  
zu einer kontroversen Institution geworden. Politische  
Führer bezeichnen das Symbol der nationalen Einheit  
als antidemokratisch. Es heißt, die Souveränität liege  
beim Volk, aber diese Theorie wird das Volk nur dem  
Despotismus einer Einparteiendemokratie aussetzen. Unsere  
Geschichte und Tradition haben verfügt, daß die Souve-  
ränität nur dann gesichert ist, wenn sie bei dem Symbol  
der nationalen Einheit liegt. Wir dürfen die Nation nicht  
für Demokratie und Menschenrechte aufs Spiel setzen. Eine  
konstitutionelle Monarchie bedeutet nicht die Kürzung der  
Macht, sondern die Garantie der konstitutionellen Macht-  
ausübung".

#### 2.07.1990

Die Zeitung 'Gandiv' berichtet, in den vergangenen Wo-  
chen seien in den Distrikten Dhading, Gorkha, Lamjung,  
Tanahun, Kaski, Palpa, Bara, Parsa und Jhapa mehr als  
50.000 Menschen zum Christentum konvertiert worden. Be-  
richten der Zeitung 'Janajagriti' sind allein in Dhading  
48.000 Personen an einem einzigen Tag durch finanzielle  
Anreize zum Übertritt bewegt worden.

Auf einer Konferenz des 'Chamber of Commerce' wehrt  
sich Premier Bhattarai gegen die Vorwürfe, seine  
Vereinbarungen mit der indischen Regierung machten  
Nepal zu einem indischen Markt. Eher sei es das Ziel,  
Indien zu einem nepalischen Markt zu machen. Notfalls  
werde seine Regierung Schutzmaßnahmen für lokale In-  
dustrien einleiten. Gemeinschaftsunternehmen seien  
notwendig, um den Export nach Indien anzukurbeln. Nun  
fließen allmählich nepalische Produkte auf den indi-  
schen Markt. Als ein erstes Ergebnis könnten die Bauern  
der westlichen Entwicklungsregion faire Preise für ihre  
Produkte erzielen. Die Einfuhr indischer Produkte för-  
dere den Wettbewerb auf dem nepalischen Markt. Der  
Premierminister fordert die nepalischen Unternehmer  
auf, selbst wettbewerbsfähiger zu werden, anstatt  
ständig staatliche Schutzmaßnahmen zu fordern.

#### 3.07.1990

Die Nepal Journalists Association veranstaltet ein  
Kolloquium zum Entwurf der neuen Verfassung. Dort er-  
greifen auch einige Vertreter der 'Nepal Bar Associa-  
tion' das Wort. Deren Vorsitzender, Basudev Dhungana,  
fordert, die Änderungen der Grundrechte und die Frei-  
heit der Gerichte in einer öffentlichen Debatte zu  
diskutieren. Kusum Shrestha bezeichnet die Souveränität  
der Nation als die Grundlage der Verfassung. Die Rechte  
des Staates müßten in den Händen des Volkes und nicht  
in denen des Königs liegen. Es sei auch sehr bedenklich,  
daß in Armee- und Polizeikreisen geheime Rundschreiben  
zirkulierten, in welchen für einen souveränen Monarchen  
plädiert werde.

#### 4.07.1990

Die von Padma Bahadur Budhathoki geleitete 'All Nepal  
Purification Peasants Organization' unterbreitet Pre-  
mierminister Krishna Prasad Bhattarai einen Forderungs-  
katalog: Die Landbesitzrechte sollten auf die Bearbeiter  
der Felder übertragen werden, den landlosen Bauern sollte  
Ackerland zugewiesen werden, die Guthi-Ländereien sollten  
verstaatlicht und im Namen der Pächter registriert werden,  
auf die Rückzahlung von Bankkrediten unter 10.000 Rupien  
sollte verzichtet werden und es sollte eine Düngemittel-  
fabrik in Nepal errichtet werden.

Der Nepali Congress lehnt ein Übergangsgesetz bis zur  
Verabschiedung der neuen Verfassung endgültig als über-  
flüssig ab. Wenn die linken Gruppen weiterhin auf einem  
derartigen Gesetz beharrten, könne ein Auseinanderbre-  
chen der Regierungskoalition nicht mehr ausgeschlossen  
werden.

#### 6.07.1990

Im Nirmal Niwas, der Residenz des jüngeren Bruders von  
König Birendra, Gyanendra, findet ein geheimes Treffen  
statt, an dem u.a. Mitglieder der Königsfamilie teil-  
nehmen. Sie sind offensichtlich wegen des öffentlichen  
Bekanntnisses des Königs zur konstitutionellen Monarchie  
beunruhigt. Das Vielparteiensystem bedeute eine Gefahr  
für sie, den König, das Land und die königliche Familie.  
Prinz Gyanendra soll wörtlich gesagt haben: "Don't  
worry, things will be all right soon!"

#### 10.07.1990

Auf Vorschlag des Ministerrats setzt König Birendra  
eine Reihe von Artikeln der Panchayat-Verfassung außer  
Kraft. Jene Artikel der Verfassung, welche König Biren-  
dra jedoch die absolute Macht und Souveränität zuerken-  
nen, bleiben nach wie vor in Kraft.

#### 11.07.1990

Die 'Constitution Recommendations Commission' teilt  
mit, daß 6.000 Vorschläge für die neue Verfassung ein-  
gegangen seien. Die endgültige Zahl könne sich jedoch  
noch auf 8.000 erhöhen.

#### 12.07.1990

Amnesty International bittet Premierminister Krishna  
Prasad Bhattarai in einem Memorandum, eine langfristige  
Initiative zur Garantierung der Menschenrechte in Nepal  
zu starten. Nepal solle sich auch dem UN-Abkommen gegen  
Folter anschließen, den zweiten alternativen Vertrag  
zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe unterzeichnen  
und die zwölf im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen  
von 1985 noch inhaftierten Personen freilassen. AI be-  
klagt außerdem, das nepalische Recht ermögliche es den  
Opfern nicht, gerichtlich gegen Foltermaßnahmen vorzu-  
gehen. Die Gefängnisse sollten von einer unabhängigen  
Institution überwacht werden, und die Familien der In-  
haftierten sollten umgehend über die Umstände der Ver-  
haftungen informiert werden.

Die United Left Front betont auf einem Treffen in Kath-  
mandu noch einmal die Notwendigkeit einer Übergangs-  
verfassung. Solange es kein Übergangsgesetz gebe, werde

die Regierung durch Dekret in Nepal fortgesetzt.

Die National Democratic Party (Thapa) beklagt, daß die angekündigte Preisreduzierung für Bedarfsgüter nicht als ein Slogan gewesen sei. Die Regierung habe sich als unfähig erwiesen, die Preise zu kontrollieren.

Finanzminister Dr. Devendra Raj Pandey präsentiert einen Ergänzungshaushalt für das Jahr 1989-90 über insgesamt etwa 700 Millionen Rupien. Trotz einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion sei dieser Nachtrag notwendig, da sich das Bevölkerungswachstum und der Handelskonflikt mit Indien besonders nachteilig ausgewirkt habe.

#### **12.-13.07.1990**

Die 'Lawers' Association of Women' (LAW) und der 'Nepal Centre for Women and Children Affairs' (NCWCA) veranstaltet gemeinsam ein Seminar zum Schutz der Frauenrechte in der neuen Verfassung. Die Ministerin für Industrie und Handel, Frau Sahana Pradhan, beklagt in ihrer Eröffnungsansprache das trostlose Schicksal der nepalischen Frauen in den vergangenen 30 Jahren und betont die Rolle, welche Frauen in der Demokratiebewegung gespielt haben.

#### **13.07.1990**

Über Rundfunk und Fernsehen verkündet Finanzminister Pandey den neuen Haushalt für das Jahr 1990-91. Er sieht eine Steigerung von ca. 1,7 Milliarden Rupien gegenüber dem Vorjahreshaushalt auf insgesamt 19,8 Milliarden Rupien vor. Hiervon sind rund 10 Milliarden durch das Steueraufkommen und weitere 2,5 Milliarden durch auswärtige Hilfsleistungen gedeckt. Das verbleibende Haushaltsdefizit von 7,1 Milliarden Rs. soll durch ausländische und inländische Anleihen gedeckt werden.

#### **14.07.1990**

Der indische Botschafter in Nepal, S.N. Sinha erklärt, Nepal könne keine gleichen Beziehungen zu Indien und China unterhalten. Indien habe in jedem Bereich ein besonderes Verhältnis zu Nepal.

#### **16.07.1990**

Alle Büros der Zonal Commissioners werden aufgelöst. Das Inventar wird den jeweiligen Distriktverwaltungen übergeben. Die offiziellen Dokumente werden an die betroffenen Ministerien geschickt.

#### **17.07.1990**

Die Wochenzeitung Matribhumi wendet sich in dem Artikel "Nepal: A Man Selling Nation" mit dem Problem des Menschenverkaufs nach Indien an die Öffentlichkeit. Diese Praxis sei durch die bewußte Mißachtung des Schmuggels seitens der abgesetzten korrupten Regierung gefördert worden. Selbst soziale Organisationen seien in den Menschenhandel verwickelt gewesen. Auch die neue Regierung könne sich nicht von der Verantwortung freisprechen, da die korrupten Beamten der alten Regierung immer noch im Amt wären. Betroffen vom Menschenhandel sind vor allem Mädchen, Jugendliche und Kinder. Diese

werden unter dem Vorwand der Arbeitsvermittlung an Bordellen in Indien verkauft. Besonders schmerzlich sei, daß man immer noch keine Maßnahmen gegen diese Praxis eingeleitet habe. Erst kürzlich hatte Rajaram Singh Thapa einen privaten Untersuchungsbericht vorgelegt, den er seit 1979 erstellt hatte. Demnach sind mehr als 86.000 nepalische Mädchen an 200 Bordelle in diversen indischen Städten verkauft worden. Die Untersuchungen in 71 nepalischen Distrikten hätten ergeben, daß besonders viele Mädchen aus dem Nuwakot-Distrikt stammten. R.S. Thapa hat die Namen aller 86.000 Frauen sowie die ihrer Entführer in einem 6.100 Seiten umfassenden Bericht gesammelt und diesen bereits 1986 der damaligen Panchayat-Regierung vorgelegt, die allerdings kein Interesse gezeigt habe.

#### **27.07.1990**

Auf einer öffentlichen Veranstaltung in Bhaktapur teilt Nirmal Lama, der Führer der Nepal Communist Party (Fourth Convention), mit, er sei aus der Verfassungskommission zurückgetreten (er zog ihn einige Tage später wieder zurück). Als Grund gab er an, er glaube zwar daran, daß der Verfassungsentwurf völlig demokratisch sein werde, zweifle jedoch daran, daß der König ihn in dieser Form akzeptieren werde.

Eine Delegation unter Leitung von Radha Krishna Mainali wird bei Premier Bhattarai vorstellig und verlangt die Suche nach allen als vermißt geltenen Personen sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Zur Überwachung der Verbraucherpreise und der Versorgungslage wird ein Preiskontrollkomitee gebildet.

#### **28.07.90**

Premier Bhattarai erklärt, der Entwurf der neuen Verfassung werde innerhalb eines Monats vorliegen. Die Verfassungskommission ist jedoch weiterhin nicht in der Lage, sich auf einen Termin für die Fertigstellung festzulegen. Das Volk weiß nicht, auf welche Weise die Verfassung entworfen und wo sie zur Zustimmung vorgelegt wird.

#### **30.07.90**

In politischen Kreisen der nepalischen Bevölkerung wächst die Sorge über die zunehmende Uneinigkeit im Regierungslager. Nepal brauche zumindest noch für einige Jahre das Bündnis von Nepali Congress und Linksparteien.

#### **01.08.90**

Premier Bhattarai kündigt eine Auslandsreise an, die ihn in die USA und in einige westeuropäische Länder führen wird. Ziel soll der Ausbau der Beziehungen nach dem politischen Wandel in Nepal sein.

#### **02.08.90**

Die United Left Front veröffentlicht eine Erklärung, in der der Koalitionspartner kritisiert wird. Darin heißt es u.a.: "Obgleich im Prinzip die gegenwärtige Übergangsregierung eine Koalition von Nepali Congress

und United Left Front ist, sind falsche Arbeitsschritte und Aktionen unternommen worden, die dem Prinzip einer Koalition entgegenstehen. Führer des Congress haben negative Erklärungen abgegeben, welche im Gegensatz zu jenem Verständnis stehen, welches von beiden Seiten im Verlauf der Demokratiebewegung geschaffen worden ist...".

Infolge des nun schon wochenlangen Arbeitskampfes der Industriearbeiter wegen der unzureichenden Gehaltserhöhungen haben zahlreiche Industriebetriebe im Tarai die Produktion einstellen müssen, darunter auch solche, die Reis, Linsen und Öl produzieren. Die ohnehin niedrigen Gehälter der Arbeiter waren um 23 Prozent erhöht worden, die der unteren Beamten jedoch um 39 Prozent. In der Bevölkerung macht sich zunehmend Unzufriedenheit über den anhaltenden Preisanstieg breit. Die erwartete Verbesserung nach dem Abkommen mit Indien ist bisher nicht eingetreten. Preise für Grundnahrungsmittel sind danach sogar noch weiter angestiegen. Einige politische Parteien haben deshalb bereits zu Demonstrationen aufgerufen.

Die Wahlkommission teilt mit, daß Parlamentswahlen Mitte April 1991 stattfinden sollten, falls die neue Verfassung zeitgerecht verabschiedet würde. Zur Zeit sind landesweit 10.000 Beamte damit beschäftigt, die Namen der Wahlberechtigten zu sammeln und in Computer-

listen zu erfassen. Voraussichtlich wird es bei den Wahlen um 225 Sitze im Unterhaus gehen.

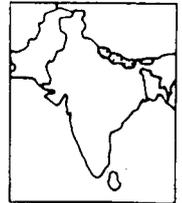
### **03.08.90**

Ganesh Man Singh, Führer des Nepali Congress, erklärt, König Birendra habe sich zur konstitutionellen Monarchie bereiterklärt. Daher sollte so wenig wie möglich unternommen werden, was seine Gefühle verletzen könnte. Auf einer von der 'Nepal-China Friendship Association' aus Anlaß des 35. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern organisierten Veranstaltung spricht Premier Bhattarai von einer stetigen Verbesserung der gemeinsamen Beziehungen auf den Gebieten der Industrie, des Tourismus und der wirtschaftlichen und kulturellen Sektoren.

### **05.-07.08.90**

Der indische Außenminister, I.K. Gujral, kommt zu einem offiziellen dreitägigen Besuch nach Nepal. Im Verlauf dieses Besuchs wird u.a. vereinbart, daß zu den bereits bestehenden drei Grenzübergängen in Sunauli, Birganj und Kakarvitta noch die drei in Banbasa, Gauriphanta und Nepalganj für den Grenzübertritt ausländischer Touristen freigegeben werden sollen. Der Minister überreicht ferner einen Scheck in Höhe von 1,68 Millionen Rupien. Das Geld soll den Opfern der Demokratiebewegung zugute kommen.

(Zusammenstellung: Karl-Heinz Krämer)



## NEPALS WEG ZUR DEMOKRATIE 3. TEIL

### Anfang August

Die Wochenzeitung 'Dristi' macht auf die sich häufenden Menschenrechtsverletzungen der bhutanischen Regierung gegenüber der starken nepalischen Minderheit des Landes aufmerksam. Die betroffene Bevölkerung habe zwischenzeitlich eine Menschenrechtsbewegung gegen die, wie es heißt, tyrannische Herrschaft des bhutanischen Königs, Jigme Singe Wangchuk, gestartet. Zur Unterstützung dieser Bewegung sei in Kathmandu auf Veranlassung des 'Forum for Protection of Human Rights' (FOPHUR) eine 'Bhutan Support Group' gegründet worden, die sich um internationale Unterstützung der Protestbewegung Bhutans bemühe. Im vergangenen Jahr habe die bhutanische Regierung zwei ihrer Bürger in Ostnepal gekidnappt und nach Bhutan verschleppt. Eine dieser beiden Personen, Ratna Gajmer, sei in der Haft gestorben, die andere Person, Tek Nath Rijal, sei immer noch inhaftiert. Hunderte nepalstämmiger Bhutanesen hätten in bhutanischen Gefängnissen schwerste Folterungen zu ertragen.

### 5.08.1990

Mit Gewehren bewaffnete Randalierer dringen in ein Dorf in Malangwa, im Sarlahi-Distrikt, ein und brennen 82 Häuser von Moslems nieder, die gerade ihr Muharram-Fest feiern. Dabei werden 12 Personen verletzt, zwei von ihnen schwer; eine Frau wird noch vermißt. Der Zwischenfall soll ein Racheakt von Anhängern der 'National Democratic Party' (Thapa) gewesen sein, die kurz zuvor in diesem Dorf vergeblich versucht hatten, neue Anhänger für die Nachfolgeorganisation des Panchayat-Systems zu gewinnen. Sie hätten daraufhin das Gerücht verbreitet, die Moslems würden während des Muharram-Festes nicht Büffel- sondern Kuhfleisch essen.

### 7.08.1990

In der Hauptstadt mehren sich Gerüchte, die für Unruhe im Volk sorgen. So wird z.B. behauptet, eine Person aus dem Umfeld des Palastes plane einen parallelen Verfassungsentwurf, um das alte System wiederherzustellen. Auch die Verfassungskommission wird mit falschen Behauptungen in Verruf gebracht.

### 9.08.90

Die Unternehmer drohen mit Aussperrungen, falls die Streiks im Industriebereich andauern. Die industrielle Produktion sei in den vergangenen drei Monaten um 40 Prozent zurückgegangen.

Die 12 Mitglieder der 'Janvadi Morcha' (People's Front), die wegen der Bombenanschläge von 1985 in Haft sitzen, beginnen einen Hungerstreik, um ihre eigene Freilassung und die anderer politischer Gefangener durchzusetzen.

### 10.08.1990

In einem Interview der Wochenzeitung Nepali Avaj erklärt Rishikesh Shaha, Vorsitzender der 'Human Rights Organization of Nepal', zur Forderung der Armee, der König solle Oberkommandierender der Streitkräfte bleiben: "Ich bin von einem derartigen Vorschlag schockiert. Ich glaube nicht, daß der König hinter dieser Initiative steht. Dies ist ein geplanter Versuch, die Demokratie zu diffamieren. In einer Demokratie müssen die Streitkräfte der Regierung gewählten unterstehen. Die Armee sollte zur Disziplin aufgefordert werden. Der König sollte sich besser auf das Volk als auf die Armee stützen."

Von heute an erhalten nepalische Staatsbürger Reisepässe, die für alle Länder gültig sind. Gleichzeitig wird die Gebühr für die Ausstellung eines Reisepasses von 500 auf 1000 Rupien angehoben.

### 11.08.1990

In einem Interview des Gorkhapatra erklärt Frau Sahana Pradhan, die Vorsitzende der 'United Left Front' (ULF), sie betrachte den Umstand, daß die ULF sich mit ihrer Forderung nach einer Übergangsverfassung nicht durchsetzen können, nicht als Niederlage. Es gebe unterschiedliche Auffassungen selbst innerhalb einer und derselben Partei. Anfangs habe auch der 'Nepali Congress' eine Übergangsverfassung gefordert, doch sei er später davon angerückt. Die ULF stehe nach wie vor zu ihrer Forderung.

### 12.08.1990

Die 'Democratic Women's Association' und die 'All Nepal Women's Association' organisieren eine gemeinsame Demonstration, um gegen die Preissteigerungen im Bereich grundlegender Güter wie Salz, Speiseöl, Linsen, Zucker und Reis zu protestieren.

### 15.08.1990

Die Situation im Mittleren Osten wirkt sich nun auch nachhaltig auf die Versorgungslage in Nepal aus. An Tankstellen und Ölverkausstellen bilden sich lange Schlangen.

### Mitte August 1990

An einigen Orten, so in Kathmandu, Dhading, Nuwakot und Nepalganj holt die Polizei, angeblich auf höhere Weisung hin, die persönlichen Daten und die politischen Aktivitäten von Mitgliedern der 'Free Student's Union', der 'Nepal Communist Party (M-L)' und insbesondere der sog. Mashal-Group der kommunistischen Partei ein. Das Innenministerium seinerseits erklärt, es lägen keine derartigen Anweisungen an die Polizei vor.

#### 16.08.1990

Die 'Bhutan People's Party' und das 'Bhutan People's Forum for Human Rights' kündigen für den 26. August den Beginn einer Massenbewegung gegen die Menschenrechtsverletzungen in Bhutan und die Unterdrückungspolitik der bhutanischen Regierung gegenüber den Menschen nepalischer Herkunft an. Man kritisiert in diesem Zusammenhang auch, daß insbesondere Indien immer noch zu den Vorgängen in Bhutan schweige, ja sogar die Entsendung von Militär nach Bhutan erwäge. Auch der nepalische Premierminister habe bisher nur einmal auf die Menschenrechtsverletzungen in Bhutan aufmerksam gemacht.

#### 17.08.1990

Die 'Nepal Medical Association' (NMA) berichtete, das Trinkwasser des Kathmandutals sei hochgradig verschmutzt und für den menschlichen Konsum ungeeignet. Die 'Drinking Water Corporation' weise diese Untersuchungsergebnisse jedoch zurück.

Gesundheitsminister Dr. Mathura Prasad Shrestha erklärt in einem Interview des 'Nepali Avaj', die jüngste Gastroenteritis-Epidemie habe in Kathmandu 34 und im übrigen Nepal 306 Todesopfer gefordert. Bei einigen Patienten in Kathmandu und in Hetauda habe man auch Cholerabakterien festgestellt. Ferner habe es außerhalb von Kathmandu auch einige Fälle von Lebensmittelvergiftung gegeben. Hauptursache für die Epidemie sei verschmutztes Trinkwasser.

Zu den Opfern der Demokratiebewegung befragt, erklärt Minister Shrestha, er schätze die Zahl der Toten auf 500, wenngleich die Menschenrechtsorganisation, FOPHUR, offiziell bisher lediglich 80 und das Innenministerium 124 Personen, einschließlich der getöteten Polizisten, registriert habe. Mehr als 2500 Personen seien verletzt worden.

#### 19.08.1990

Radha Krishna Mainali, einer der Führer der an der Regierung beteiligten 'Nepal Communist Party (Marxist-Leninist)', äußert sich zuversichtlich über die laufenden Bemühungen, die Parteien der 'United National People's Movement' in die 'United Left Front' zu integrieren und somit dieselbe zu stärken.

Nach einem Bericht der Organisation 'Child Workers in Nepal' (CWIN) gehen in Nepal 4,8 Millionen, d.h. 60 Prozent aller Kinder, einer Arbeit nach. In städtischen Gebieten arbeiten diese Kinder in Industrieunternehmen, Ziegelbrennereien, Steinbrüchen, Hotels und Restaurants. Allein im Kathmandutal gebe es schätzungsweise 48.000 Kinderarbeiter. In einem Bericht des 'Social Services National Coordination Council' heißt es darüber hinaus, 60 Prozent aller nepalischen Kinder seien unterernährt und unzureichend gekleidet.

#### 20.08.1990

Aus Anlaß des nationalen Kindertages erklärt Premierminister Krishna Prasad Bhattarai, Regierung und Nicht-Regierungsorganisationen müßten ihre besondere

Aufmerksamkeit auf Bildung, Gesundheit und Entwicklung der Kinder in den ländlichen Gegenden richten. Reformen hinsichtlich der Lage der Kinder seien dringend erforderlich.

#### 22.08.1990

Die 'Bhutan Support Group Nepal' fordert die nepalische Regierung auf, bhutanische Politiker, die im nepalischen Exil leben als politische Flüchtlinge zu behandeln. Etwa 500 politische Aktivisten aus Bhutan lebten zur Zeit im indischen oder nepalischen Exil.

#### 23.08.1990

Anschlag auf den Wagenkonvoi, in dem Königin Aishwarya, der Kronprinz und andere Mitglieder der königlichen Familie aus Pashupatinath zurückkehren. Die Scheiben mehrerer Begleitfahrzeuge gehen zu Bruch. Sicherheitspersonal feuert einige Salven in die Luft. Dieser Zwischenfall wird von allen Parteien als Akt krimineller Elemente verurteilt. Insbesondere rechte Oppositionsparteien fordern daraufhin den Rücktritt des Innenministers.

#### 24.08.1990

Japan verzichtet auf Schuldentrückzahlungen in Höhe von 42,2 Millionen Rupien für den Zeitraum Oktober 1989 - März 1990. Die somit gewährte Geldsumme soll im gegenseitigen Einvernehmen zum Kauf von Konstruktionsmaterial, Dünger, Medizin, Erdölprodukten, Bewässerungs-, Transport- und Kommunikationsausrüstungen verwendet werden.

Die Wochenzeitung 'Nepali Avaj' berichtet über die anhaltende Bespitzelung politischer Aktivisten. Insbesondere betroffen seien die 'Nepal Communist Party (Mashal)', die 'Nepal Communist Party (M-L)' und die 'Nepal Communist Party (4th General Assembly)'.

#### 26.08.1990

Madan Bhandari, zentraler Sprecher der 'Nepal Communist Party (M-L)', übt in einem Interview des Wochenzeitung 'Sunday Despatch' Kritik am Arbeitsstil der Übergangsregierung, der auch seine Partei angehört. Sie habe die Erwartungen des Volkes nicht erfüllt. Da es sich um eine Mehrparteienregierung handle, sollten die einzelnen Parteien zunächst konsultiert werden, ehe Probleme im Kabinett besprochen würden. Die Regierungsmaschinerie dürfe nicht nur von einer Partei, nämlich dem 'Nepali Congress', genutzt werden, sondern müsse allen Parteien zur Verfügung stehen.

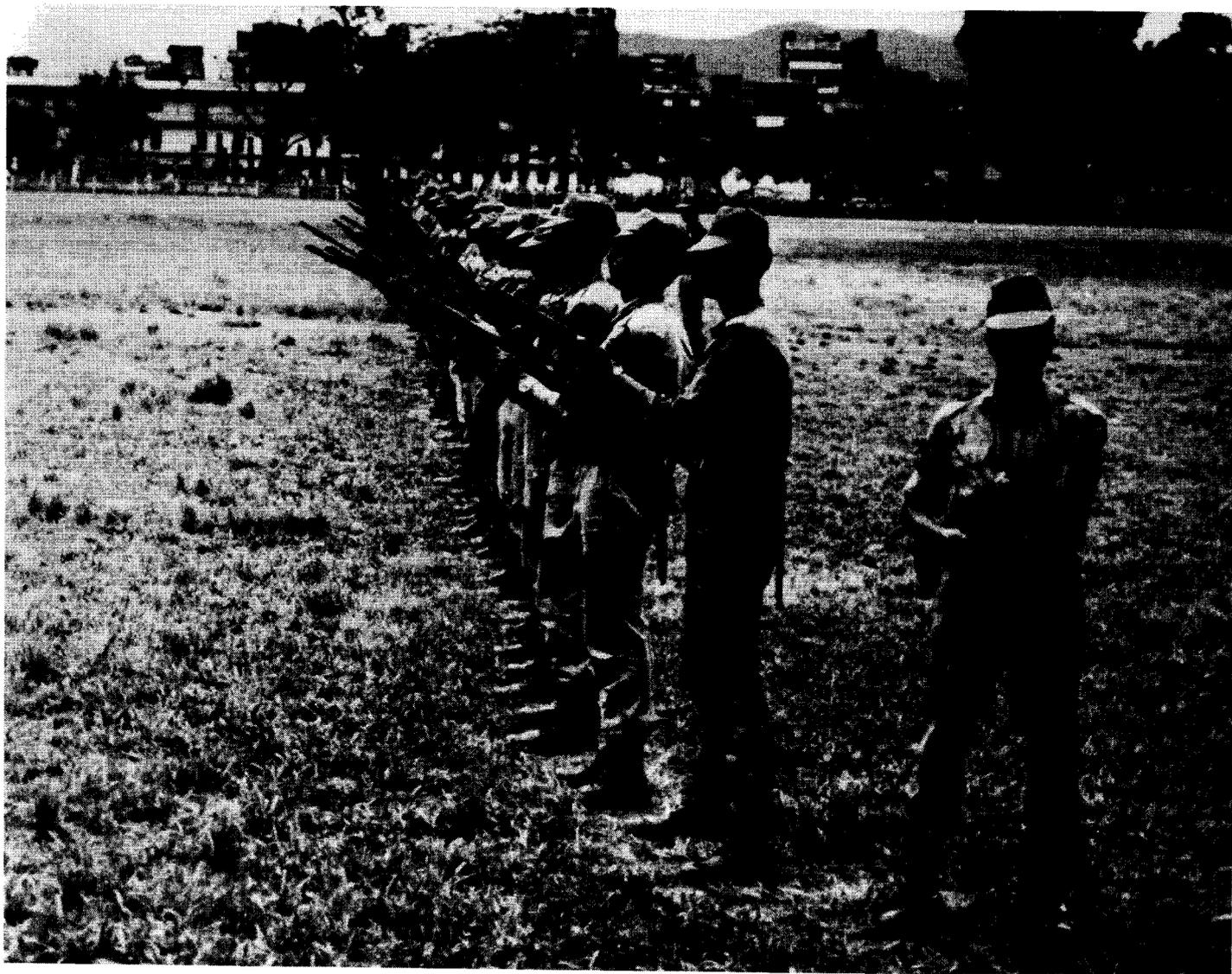
Die in Bhutan von der 'Bhutan People's Party' angekündigte Volksbewegung mit großen Demonstrationen in Phuntsoling, muß wegen einer von der Regierung verhängten Ausgangssperre verschoben werden. Die Ausgangssperre dauert in den folgenden Tagen an. Ausländern ist der Zutritt nach Bhutan verboten; es sind etwa 10.000 Sicherheitskräfte aufgeboten. Unterdessen werden zahlreiche Bhutanesen nepalischer Herkunft von der bhutanischen Regierung terrorisiert. Mehr als 1000 von ihnen fliehen über die indische Grenze. Es heißt, die Nepali sprechende Bevölkerung Bhutans würde wie

Hunde behandelt und Hindus würden streng bestraft. Bhutanische Sicherheitskräfte hätten bisher mehr als 200 nepalstämmige Bhutanesen getötet und mehr als 4000 würden brutal in Polizeilagern gefoltert, darunter Frauen, Kinder und ältere Leute. Unterdessen hat die indische Regierung Artikel 144 des indo-bhutanischen Vertrages in Kraft gesetzt, welcher es den bhutanischen Regierungskräften untersagt, indisches Territorium zu betreten.

28.08.1990

Chandra Prakash Mainali, einer der Führer der 'Nepal Communist Party (Marxist-Leninist)', nimmt gegenüber

Zusammenhang die Notwendigkeit der kommunisten Einheit. Auch der 'Nepali Congress' könne in den gemeinsamen Kampf gegen autokratische und tyrannische Elemente einbezogen werden. Einige ausländische Nationen, insbesondere Indien und die USA, mischten sich in die nepalische Politik ein. Sie versuchten, bestimmten politischen Parteien zu helfen, um ihre eigenen Interessen durch diese Parteien zu wahren. Sehr kritisch äußert sich Chandra Prakash Mainali zu den Ergebnissen des Besuchs von Premierminister Krishna Prasad Bhattarai in Indien. Er wolle nicht bestreiten, daß auch einige sehr positive Ergebnisse bei diesen Gesprächen herausgekommen seien. Nepal könne nicht mit Indien in



Die Armee hat in Nepal immer noch großen Einfluß (Foto: Walter Keller)

der Tageszeitung 'Rising Nepal' zu aktuellen politischen Problemen Stellung. Es gebe im Land zur Zeit eine politische Dreiecksbeziehung, gebildet von Palast, 'Nepali Congress' und den Kommunisten. Derzeit gebe es ein Tauziehen mit den palast-orientierten Kräften, die versuchten, die absolute Macht zu erlangen, während die beiden anderen Kräfte bemüht seien, die Macht auf das Volk zu übertragen. Mainali betont, das Volk müsse die Quelle aller Macht sein und bezeichnet die Kommunisten als patriotische und nationalistische Kraft und unterstreicht in diesem

Wettstreit treten, und deshalb sei es notwendig, einige Protektionsmaßnahmen zu treffen, um die weitere Verschlechterung der nationalen Wirtschaft zu verhindern. Aber bei den Gesprächen des nepalischen Premierministers mit den indischen Politikern sei lediglich über das Schicksal und die Probleme der in Nepal lebenden Inder gesprochen worden, nicht jedoch über die in Indien lebenden Nepali. Nepals Außenpolitik müsse neutral gegenüber China und Indien sein. Nur so seien nationale Identität und Souveränität zu wahren.

### **Ende August 1990**

Li Ta Pyao, der chinesische Botschafter in Nepal, wendet sich an Chandra Prakash Mainali, einen der Führer der 'Nepal Communist Party (M-L)'. Dies wird als politische Besonderheit gewertet, da bisher China lediglich auf Regierungsebene mit Nepal verkehrt hat. Außerdem ist in den vergangenen Monaten das Verhältnis zwischen Nepal und China deutlich abgekühlt, während auf der anderen Seite eine spürbare Verbesserung des indo-nepalischen Verhältnisses eintrat. Der chinesische Botschafter betont, daß auch China eine Verbesserung des indo-nepalischen Verhältnisses befürworte, daß aber eine einseitige Bindung des Landes an Indien oder China abgelehnt werde.

### **1.09.1990**

Mod Nath Prashrit, einer der Führer der 'Nepal Communist Party (M-L)' erklärt, der Anschlag auf die Königin vom 23. August sei eine Intrige des Königspalastes gewesen mit dem Bestreben, die alte Macht wiederherzustellen. Es sei höchste Wachsamkeit geboten, um eine Verschwörung gegen das Volk zu vermeiden. Die Kommunisten wollten Frieden, nicht Terror; aber sie wären auch bereit, einen anderen Weg zu gehen, wenn man ihnen Hindernisse in den Weg lege.

### **2.09.1990**

Auf Bitte der 'Constitution Recommendations Commission' (CRC) verlängert König Birendra deren Amtszeit bis zum 6. September.

### **3.09.1990**

Das 'Forum for Protection of Human Rights' (FOPHUR) macht darauf aufmerksam, daß in einem demokratischen Land Menschen nicht ohne Haftbefehl verhaftet werden sollten. In diesem Zusammenhang verweist FOPHUR auf die Verhaftung von 21 Personen ohne Haftbefehl im Dorf Mithilewar, im Dhanusha-Distrikt, am 26. August. Ähnlich verhalte es sich auch mit den Verhaftungen einiger Personen im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Königin vom 23. August. Die Verhafteten seien gefoltert worden. Die Zeitung 'Dristi' berichtet weiter, Ziel der Folterungen sei, daß sie sich zum, wie es heißt, "Verbrechen gegen die Nation" bekennen würden.

### **7.09.1990**

30 Personen treten vor dem internationalen Sekretariat der südasiatischen Staatengemeinschaft (SAARC) in Kathmandu in einen zwölfstündigen Hungerstreik, um auf die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung in Bhutan aufmerksam zu machen. In einem 13-Punkte-Katalog fordert man u.a. die Einführung einer konstitutionellen Monarchie, bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen, das Recht auf kulturgemäße Kleidung, Sprache und Schrift.

Die Wochenzeitung 'Nepalipatra' meldet, der Kampf um demokratische Rechte in Bhutan sei verschärft worden. Die bhutanische Regierung habe zahlreiche Nepali unter falschen Beschuldigungen verhaftet. Viele Mädchen und Frauen seien von den Dukpas vergewaltigt worden.

### **9.09.1990**

Die 'Nepal Communist Party (M-L)' organisiert eine große Demonstration in deren Verlauf die sofortige Promulgierung der neuen Verfassung verlangt wird. Vor tausenden von Menschen erklärt Mohan Chandra Adhikari: "Wir haben uns bis zu einem gewissen Umfang zur Respektierung der Monarchie bereit erklärt. Wenn der Königspalast jedoch eine Verschwörung anstrebt, hat er auch die Folgen zu tragen. Wenn der Palast ohne Rücksicht auf die Vereinbarungen, die er mit uns getroffen hat, in Verschwörungen verstrickt ist, müssen wir den Kampf aufnehmen. Wir betrachten es als eine Verschwörung, wenn die Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs noch weiter hinausgezögert wird."

### **10.09.1990**

Bishwanath Upadhyaya, der Vorsitzende der 'Constitution Recommendations Commission', überreicht König Birendra offiziell den Verfassungsentwurf. Der König fordert den Premierminister auf, auch mit jenen politischen Parteien, die nicht in der Kommission vertreten waren, über den Entwurf zu sprechen und Vorschläge dieser Parteien zu berücksichtigen. Der Premierminister solle dann wieder diesbezüglich Kontakt zur 'Constitution Recommendations Commission' aufnehmen. Der König äußert sich überzeugt davon, daß die neue Verfassung ohne weitere unnötige Verzögerung promulgiert werden könnte.

Die Wochenzeitung 'Daily Diary' macht auf die Umweltverschmutzung durch einige Teppichfabriken in Sundarijal und Jorpati, in Kathmandu, aufmerksam. Diese würden das Schmutzwasser nach dem Waschen der Teppiche einfach in die Landschaft kippen. Von dort würde es ins Grundwasser, insbesondere das der Trinkwasserbrunnen, fließen und auch das Ackerland verseuchen. Dem Wasser werden zum Waschen der Teppiche verschiedene Chemikalien beigemischt.

Unter Führung von Shambhu Ram Shrestha wird die 'Nepal Communist League' gegründet. Erklärtes Ziel dieser neuen Partei ist die Integrierung der unterschiedlichen kommunistischen Fraktionen.

### **11.09.1990**

König Birendra verlängert auf Empfehlung des Ministerrats die Amtsdauer der 'Constitutional Recommendations Commission' bis zur endgültigen Promulgierung der Verfassung. Die Kommission soll unter anderem auch Änderungsvorschläge für bereits bestehende Gesetze auf der Grundlage der neuen Verfassung unterbreiten.

### **12.09.1990**

Bala Krishna Khand, der Vorsitzende der 'Nepal Students Union', der Studentenvereinigung des 'Nepali Congress', fordert in einem Interview der Wochenzeitung 'Dristi' die sofortige Promulgierung des Verfassungsentwurfs. Im Falle einer Verschwörung gegen die Verfassung würden die Studenten auf die Straße zurückkehren. Bala Krishna Khand bekennt sich auch zur weiteren Einheit seiner Partei mit der 'United Left Front'.

## VERFASSUNGSENTWURF

Hauptpunkte des Verfassungsentwurfs, der von der 'Constitution Recommendations Commission' am 10. September 1990 König Birendra übergeben wurde:

### 1. Souveränität

Die Souveränität des Königreichs Nepal liegt in den Händen des Volkes. Der Verfassungsentwurf enthält außerdem Vorkehrungen zur Änderung selbst der grundlegendsten Teile der Verfassung durch verschiedene Prozeduren einschließlich der Möglichkeit eines Referendums.

### 2. Politische Stabilität

Politische Stabilität ist äußerst wichtig für die Konsolidierung der konstitutionellen Monarchie und der Vielparteiendemokratie, und die politischen Parteien, die gegenüber dem Volk verantwortlich sind, müssen sich an den demokratischen Rahmen halten, um politische Stabilität zu erreichen. Parteien, die bei den ersten allgemeinen Wahlen keine 5 Prozent der Wählerstimmen erreichen, werden bei der folgenden Wahl ausgeschlossen. Auch die interne Organisation der politischen Parteien sollte demokratisch sein. Dies wird als positiver Beitrag zur Entwicklung der politischen Parteien als demokratisch verantwortliche Organisationen gewertet.

### 3. Grundrechte

Die Grundrechte des Volkes werden garantiert. Zum Erhalt und zur Ausübung dieser Rechte wird der Oberste Gerichtshof mit besonderer Autorität ausgestattet. Zu diesen Grundrechten gehören das Recht auf Erziehung und Kultur, das Recht auf Schutz der Privatsphäre, das Recht gegen Bespitzelung, das Recht auf Information und die Garantie von Gedanken- und Redefreiheit.

### 4. Sonderrechte

Besondere Rechte werden Frauen gewährt, die aus finanziellen und auch anderen Gründen besonders benachteiligt sind, aber auch gegenüber Menschen verschiedener Kasten und Volksgruppen.

### 5. Legislative

Am legislativen Prozeß des Landes sind der König, der Rastriya Sabha (Oberhaus) und der Pratiniddhi Sabha (Unterhaus) beteiligt, die alle drei zusammen als Samsad bezeichnet werden. Dem Pratiniddhi Sabha, dem Parlament, gehören 175 Abgeordnete an, die direkt vom Volk als Vertreter diverser politischer Parteien gewählt werden. Daneben gibt es den 60 Personen umfassenden Rastriya Sabha, das Oberhaus, dem Vertreter verschiedener, politischer, intellektueller und sozialer Gemeinschaften angehören. Einige Sitze dieses Rastriya Sabha werden für Frauen reserviert sein sowie für unterdrückte und rückständige Volksgruppen. Außerdem werden jeweils drei Vertreter aus jeder Region, jeweils von Dorf-, Stadt- und Distriktebene, vertreten sein. Während der Pratiniddhi Sabha auf fünf Jahre gewählt wird, soll der Rastriya Sabha ein permanentes

Organ sein, von dem jeweils ein Drittel der Mitglieder alle zwei Jahre neu zu bestimmen ist. Die gesetzgebenden Prozeduren werden gegenüber früher wesentlich vereinfacht.

### 6. Exekutive

Die exekutive Macht liegt in den Händen des Königs und des Ministerrats.

### 7. Judikative

Anstatt wie bisher aus vier wird das Justizwesen nur noch drei Instanzen umfassen. Hierdurch soll eine Vereinfachung und eine Kostenersparnis erreicht werden.

### 8. Weitere Organe

Organe wie Auditor General, Public Service Commission und Election Commission sollen als unabhängige Einheiten bestehen. Hinzu kommt eine Public Investigation Commission, welche die derzeitige Prevention of Abuse of Authority Commission ablöst.

### 9. Notstand

Der König kann den Notstand auf Empfehlung des Ministerrats ausrufen. Diese Entscheidung muß aber innerhalb eines Monats vom Parlament bestätigt werden.

### 10. Verteidigung

Die Sicherheitsorgane des Landes werden einem sog. National Defence Committee unterstellt.

### 11. Verträge

Die Exekutive darf keine Verträge oder Vereinbarungen abschließen, die der territorialen Integrität des Landes abträglich sind.

### 12. Hindu-Königtum

Nepal nennt sich in Zukunft "Hindu Constitutional Kingdom" (Eine Erläuterung dieses widersprüchlichen Begriffs konnte auch nicht von Finanzminister Dr. Devendra Raj Pandey geliefert werden. Ein Hindu-Königreich ist immer ein absolutes Königreich. Politische Experten haben die bisherige nepalische Staatsform schon immer als konstitutionelles Königreich bezeichnet, weil das absolute Königtum in den Deckmantel einer schein-demokratischen Verfassung gehüllt war, d. Verf.)

### 13. Politische Parteien

Die Exekutive hat kein Recht, politische Parteien zu verbieten.

### 14. Friedenszone

Der Begriff "Zone of Peace" wird in der Verfassung nicht erwähnt. Jedoch wird die Errichtung des Friedens als Richtlinie festgeschrieben.

Karl Heinz Krämer

(Quelle: 'The Rising Nepal' und 'Gorkhapatra', 11. September 1990)

**13.09.1990**

Die Tageszeitung Hindu berichtet, daß Mitglieder der königlichen Familie nun auch das Fünf-Sterne-Hotel 'Annapurna' in Kathmandu sowie einige Reiseagenturen zum Verkauf angeboten hätten. In gleicher Weise sollen auch Anteile an zahlreichen Fabriken, Hotels und anderen Immobilien an Privatpersonen verkauft werden.

Die Polizei übergibt dem Gericht in Bagmati 12 Personen, die im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den Wagenkonvoi der Königin vom 23. August verhaftet worden sind und verlangt gegen sie wegen Anschlags auf den Thron die Todesstrafe.

**14.09.1990**

Die Wochenzeitung 'Nepalipatra' berichtet, es seien mittlerweile 15.000 Menschen aus Bhutan nach Indien und Nepal geflohen. Beim Anbringen von Postern seien in Bhutan drei Personen von der Polizei erschossen worden, 400 seien verhaftet und auf brutale Weise gefoltert worden. Unterdessen erreicht die Volksbewegung in Bhutan einen neuen Höhepunkt.

Auf einer Veranstaltung in Bhaktapur wiederholt Girija Prasad Koirala, der Generalsekretär des 'Nepali Congress', noch einmal jene Aussage, die er bereits einige Tage zuvor gemacht hat: "Die Kommunisten bezeichnen sich als eine revolutionäre Kraft, aber der 'Nepali Congress' allein hat die wirkliche Revolution mit friedlichen Mitteln bewirkt. Heute verschwindet der Kommunismus weltweit von der Bildfläche. Es ist eine falsche Behauptung, er sei auf dem Vormarsch. Die Kommunisten sollten sich bewußt werden, welche Kraft sie leitet."

**15.09.1990**

Auf einem erklärt Gesundheitsminister Shrestha, täglich würden 400 Kinder in Nepal sterben. Insgesamt betrage die Zahl der Kinder unter 18 Jahren in Nepal 52 Prozent der Gesamtbevölkerung. Als Grund für die hohe Sterblichkeitsrate der Kinder nennt der Gesundheitsminister, daß fast 80 Prozent der Bevölkerung keine grundlegenden medizinischen Einrichtungen zur Verfügung stünden.

**16.09.1990**

Die Wochenzeitung Deshantar berichtet, der König werde den Verfassungsentwurf am 26. September offiziell promulgieren.

**17.09.1990**

Landesweite Proteste richten sich gegen eine weitere Verzögerung der Promulgierung der Verfassung. Madan Bhandari, der Sprecher der 'Nepal Communist Party (M-L)' macht deutlich, daß seine Partei keine Veränderung des Verfassungsentwurfs hinnehmen werde. Man würde dann die konstitutionelle Monarchie ganz verwerfen und die Monarchie abschaffen.

(Zusammenstellung aus zahlreichen Tages- und Wochenzeitungen Nepals: Karl-Heinz Krämer)

I  
t  
f  
f  
v  
z  
e  
k  
B  
a  
M  
L:  
se  
je  
Se  
wc  
he